

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Ärger um ECE

Das Einkaufszentrum des Otto-Konzerns sorgt weiter für Missstimmung. Im Gemeinderat haben neben der KPÖ auch die Grünen dagegen gestimmt, weil deren Bedingungen für die Zustimmung (wie eine Verkleinerung der Parkplätze) beim Regierungspartner ÖVP kein Gehör fanden. Das Projekt wurde von ÖVP, FPÖ und SPÖ durchgedrückt. Die Verkehrslösung steht weiter in den Sternen. Fest steht nur, dass der Verkehr am Gürtel um gut 20 % zunehmen soll; zum Ärger der Anrainer.



marschierten die lange im Dunkeln werhenden Investoren ins Rathaus, bis ÖVP-Finanzstadtrat Gerhard Rüschi jene Zugeständnisse machte, die zuvor im Gemeinderat abgelehnt worden waren. „Die Stadt hätte ohnehin auf 95 % der Schulden des GAK verzichtet und dann wird trotzdem noch nachgebessert“, ärgert sich KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann. Die Investoren dürfen nun einen Fußballplatz durch ein sportmedizinisches Zentrum ersetzen und dort Geld scheffeln, selbst wenn der GAK in einer Pimperlliga mitkickt.



Preisregelung

Während rundum die Forderung nach einer amtlichen Preisregelung zum Stoppen der Teuerung immer lauter wird, wollen ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ und BZÖ nichts davon wissen. Sie stimmten gegen einen Antrag der KPÖ für geregelte Preise bei Grundnahrungsmitteln und Energie. „Ein Armutszeugnis, denn die Preisregelung hat in Österreich schon gut funktioniert“, so KPÖ-Mandatar Herbert Wippel.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 oder E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Rettung für die Brücke

Der Verein „Die Brücke“ hat zum Ziel, Barrieren zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen zu durchbrechen und vor allem eine gemeinsame Freizeitgestaltung zu ermöglichen.



19 bezahlte und unzählige ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählt man.

Nun fehlt es am Geld, weil für den administrativen Aufwand 50.000 Euro pro Jahr verbraucht werden, die nicht gedeckt sind. KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer hat mit einem Dringlichkeitsantrag gefordert, dass das Land hilfe reich einspringt.

GAK: Fass ohne Boden

Anfang Juli beschloß der Gemeinderat, wie es mit dem GAK weitergehen sollte. Erst danach

MEINUNG



Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Keine Wahl bei den Wahlen?

Die Regierungsparteien können nicht mehr miteinander, wir dürfen wieder wählen gehen. Die größten und besten Werbeagenturen sollen für viel Geld wieder für gute Stimmung sorgen. Vor allem aber dafür, dass die gebrochenen Wahlversprechen vom letzten Mal wieder vergessen werden. Abschaffung der Studiengebühren, Stornierung des Abfangjägerkaufes und bessere Pensionen sind doch nur Schnee von gestern. Die Bevölkerung darf sich auf neue Versprechungen freuen!

Wird nach dem nächsten Wahltag alles besser? Sollte sich am Kräfteverhältnis nicht viel ändern, dann können wir uns gleich wieder auf die altbekannten Ausreden einstellen: Der jeweils andere Regierungspartner ist schuld, wenn man ein Wahlversprechen nicht eingehalten hat. Dabei ist es gar nicht so wichtig, ob wir dies von Faymann oder

Molterer erklärt bekommen. Beide Großparteien haben in den vergangenen Jahren eine Politik zu Lasten der arbeitenden Menschen gemacht. Als die FPÖ mit der ÖVP die Regierung stellte, war sie ebenfalls fleißig mit von der Partie.

Die KPÖ hat schon auf Grund eines äußerst bescheidenen Wahlbudgets keinen leichten Stand. Umso mehr würde ein kommunistischer Wahlerfolg den großen Machern in unserem Land in die Knochen fahren. Denn dann würden soziale Fragen und echter Privilegienabbau plötzlich auch außerhalb von Sonntagsreden zu Themen werden. Das ist wohl ein Hauptgrund dafür, dass die herrschenden Parteien und die Medien mit der KPÖ so wenig Freude haben.

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104
stadtblatt@kpoe-graz.at



Ernest Kaltenegger und Oskar Lafontaine: Steirischer Kommunist und Saarländer Linker mit dem Herz am rechten Fleck.